



Antrag der Bürgerinitiative Anhalt-Köthen/Wählerliste Sport (WLS)

Antrag: Die Fraktion BI Anhalt-Köthen/WLS beantragt, dass alle Stadträte inkl. Oberbürgermeister der Stadt Köthen/Anhalt sowie Mitarbeiter der Verwaltung der Gehaltsklasse A9/EG9 oder höher auf Mitarbeit beim Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Verfahren zur Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für die Stasi vorzubereiten. Eine Kommission wird dazu gegründet. Die Mitwirkung bereits bekannter, aber auch dem Stadtrat nicht mitgeteilten ehemaligen Stasi-Angehörigen ist nicht zulässig.

Geprüft werden sollen alle, die das Alter von 18 Jahren am 9.11.1989 erreicht haben.

Nach Abschluss der Prüfung wird dem Stadtrat das Ergebnis namentlich mitgeteilt.

Bereits namentlich bekannte ehemalige Stasi-Angehörige werden nicht mehr geprüft.

Begründung: Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall ist Aufklärung an oberster Stelle. Aus dieser konsequenten Überzeugung fordern wir für die nächste Kommunalwahl eine Überprüfung auf Mitarbeit beim MfS schon bei gegebener Nominierung. Der Aufruf der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR vom 4.6.2014 ist für uns immer noch aktuell und bindend.

Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) §§ 20, 21

Die Möglichkeiten von Stasi-Überprüfungen war bis 2019 vorgesehen, der Bundestag hat am 26.9.2019 den Gesetzesbeschluss gefasst bis 2030 zu verlängern.

Th. Gahler

St. Reisbach